

Internationale Arbeitsteilung

A Aufgaben

1 Zahlungsbilanz

- a) Die Leistungsbilanz hat folgende wichtige Teilbilanzen:

L: Leistungsbilanz

L1: Handelsbilanz
 L2: Dienstleistungsbilanz
 L3: Bilanz Arbeitseinkommen

L4: Bilanz Kapitaleinkommen
 L5: Bilanz Laufender Übertragungen

Tragen Sie für die folgenden Geschäftsfälle die betroffene Teilbilanz und das entsprechende Vorzeichen (+ Zufluss von Zahlungsmitteln / - Abfluss von Zahlungsmitteln) ein.

Geschäftsfall	Betroffene Teilbilanz mit Vorzeichen
Ich verbringe meine Ferien in Italien.	L2, -
Die Zürcher Kantonalbank schreibt mir Zinsen einer ausländischen Obligation gut.	
Das Unternehmen Omega verkauft Uhren in den USA.	
In London kauft ein Ire ein Swiss-Ticket für einen Flug nach Zürich.	
Familie Huber aus Basel kauft in Deutschland Möbel ein.	
Ein Schweizer kauft ein Bahnbillett von Zürich nach Genf.	
Karl Deuber aus Zürich mietet eine Ferienwohnung in Zermatt, die einem Franzosen gehört.	
Die neue italienische Tochterfirma der Swisscom überweist die Dividende an den Hauptsitz nach Bern.	
Deutsche Grenzgänger erhalten von ihrem Schweizer Arbeitgeber den Lohn gutgeschrieben.	
Bankkunden erhalten von der Zuger Kantonalbank die Gutschrift für den Jahreszins der neuseeländischen Obligation.	
Portugiesische Arbeitnehmer, die in der Schweiz wohnen, erhalten eine Lohngutschrift auf ihrem Bankkonto.	
Die portugiesischen Arbeitnehmer überweisen einen Teil des Lohns an ihre Familien in Portugal.	

- b) Die Kapitalbilanz hat folgende wichtige Teilbilanzen:

K: Kapitalbilanz

K1: Bilanz Direktinvestitionen

K2: Bilanz Portfolioinvestitionen

Tragen Sie für die folgenden Geschäftsfälle die betroffene Teilbilanz ein. Bestimmen Sie, wie sich das Vermögen der Schweiz gegenüber dem Ausland verändert (+ Zunahme, - Abnahme).

Geschäftsfall

Betroffene Teilbilanz mit Vorzeichen

Die Swisscom kauft für CHF 5 Mrd. eine Tochterfirma in Italien.

Schweizer Bankkunden erwerben für ihr Wertschriftendepot neuseeländische Obligationen.

Der Basler Agrochemiekonzern Syngenta wird für 43 Mrd. USD vom chinesischen Staatskonzern ChemChina übernommen.

2 Zahlungsbilanz und Wechselkurse

Das folgende Netzwerk zeigt den Zusammenhang zwischen Aussenhandel und Wechselkursen.

Ausgangspunkt: Die Warenimporte sind grösser als die Warenexporte.
 Folge: Das Leistungsbilanzdefizit steigt, symbolisiert mit ↗.

Beschreiben Sie in Worten die nummerierten Schritte im folgenden Netzwerk.

Netzwerk Aussenhandel

Ausgangspunkt: Warenimporte > Warenexporte



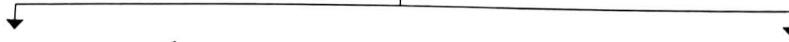
Leistungsbilanzdefizit durch Warenhandel ↗



1. Nachfrage nach Devisen ↗



2. Abwertung des CHF



3. Preise für Importgüter ↗



3. Importe in die Schweiz ↘

4. Preise für Schweizer Güter im Ausland ↗



4. Exporte ins Ausland ↗



5. Leistungsbilanzdefizit ↗ ↙ ↘



6. Aufwertung des CHF bis zum Ausgleich Importe = Exporte

1.

2.

3.

4.

5.

6.

3 Zahlungsbilanz

Kreuzen Sie richtige Aussagen an und korrigieren Sie die falschen.

Richtig	Falsch	Aussage	Korrektur
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Die Schweizer Zahlungsbilanz weist erst seit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 einen Überschuss in der Leistungsbilanz aus.	<hr/> <hr/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Die Zahlungsbilanzsumme in Prozent des BIP kann auch als Hinweis für die starke aussenwirtschaftliche Verflechtung der Schweiz genommen werden.	<hr/> <hr/>

Richtig	Falsch	Aussage	Korrektur
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Die USA weisen ein grosses Leistungsbilanzdefizit auf, da dieses Land deutlich mehr exportiert als importiert.	_____
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Wenn ein Schweizer Unternehmen eine Tochterfirma im Ausland kauft, wird dies im Kaufjahr in der Kapitalbilanz verbucht. Die Dividenden bewirken in den späteren Jahren Mittelzuflüsse in der Leistungsbilanz.	_____
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Der Tourismus in der Schweiz bewirkt einen bedeutenden Mittelzufluss in der Leistungsbilanz. Der Fremdenverkehrssaldo in der Leistungsbilanz ist aber relativ klein, weil die Touristen in der Schweiz nur wenig Geld ausgeben.	_____

4**Globalisierung**

Was wird unter «Globalisierung» verstanden? Beschreiben Sie diesen wichtigen aktuellen Begriff. Welche Gründe kann man für die zunehmende wirtschaftliche Globalisierung aufführen?

5**Globalisierung: Fallstudie China**

China hat dank der Globalisierung in den letzten Jahren an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Auch in der Schweiz sind Produkte aus China allgegenwärtig: T-Shirts, Taschenrechner, Smartphones, Spielzeug – sehr vieles wird aus China importiert. Davon profitieren die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten dank tieferer Preise, und China erlebt wegen des Exportbooms ein beispielloses Wirtschaftswachstum.

Die folgenden zwei Zeitungsartikel zeigen aber, dass die Entwicklung auch ihre Schattenseiten hat.

Lesen Sie die beiden folgenden Zeitungsartikel und beantworten Sie danach die anschließenden Fragen.

Produktsicherheit: 2012 wurden mehr gefährliche Produkte in der EU entdeckt

BRÜSSEL – Die vom EU-Schnellwarnsystem Rapex publizierten Warnungen vor gefährlichen Produkten haben 2012 um rund ein Viertel zugenommen. Über die Hälfte dieser gefährlichen Güter stammen aus China.

Hübsche pinke Plastikpferdchen mit violetten Mähnen, Kleidchen für Kinder mit langen Bändern und ein Wasserkocher – so unterschiedlich diese Produkte auch sind, sie haben eines gemeinsam: Sie sind für den Konsumenten gefährlich.

So etwa enthält das pinke Pferd Giftstoffe, mit den Bändern an den Röcken können sich Kinder strangulieren und der Wasserkocher ist so gebaut, dass er beim Anschalten zu schmelzen beginnt.

Negativer Spitzenreiter ist China

In absoluten Zahlen nahm die Zahl der gesundheitsschädigenden Produkte von 1556 (2011) auf 2278 (2012) zu. Mit 58 Prozent kommen die meisten dieser Produkte aus China.

Die fünf am häufigsten gemeldeten Produktkategorien waren mit 34 Prozent Kleider, Textilien und Modeartikel – gefolgt von Spielzeugen mit 19 Prozent. 11 Prozent der als gefährlich gemeldeten Produkte sind Elektrogeräte und Zubehör – gefolgt von Kraftfahrzeugen (8 Prozent) und Kosmetika (4 Prozent).

Quelle: «Blick», 16. Mai 2013 (Auszüge)

Arbeitsbedingungen: Zustände bei Apple-Zulieferern in China erneut in Kritik

PEKING – Auf Foxconn folgt Pegatron: Erneut gerät Apple in Misskredit, weil Aktivisten skandalöse Arbeitsbedingungen in den Fabriken von Auftragsfertigern des US-amerikanischen Konzerns in China und Taiwan anprangern

Die Organisation China Labor Watch (CLW) wirft dem taiwanesischen Auftragsfertiger Pegatron schwere Verstöße gegen das Arbeitsrecht vor. Ein am Montag in New York veröffentlichter Bericht beklagt ausufernde Überstunden, Vertragsverletzung, Billiglöhne, Arbeit von Minderjährigen und Misshandlungen durch Vorgesetzte.

Noch schlimmer als bei Foxconn

China Labor Watch hatte von März bis Juli verdeckte Ermittler in die drei Fabriken geschickt und rund 200 Interviews mit Arbeitern außerhalb gemacht. «Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass Arbeitsbedingungen in Pegatron-Fabriken noch schlimmer sind als in Foxconn-Fertigungsstätten», stellte CLW-Direktor Li Qiang fest. «Apple erfüllt seine eigenen Standards nicht.»

Die durchschnittliche Arbeitsstundenzahl pro Woche in den drei untersuchten Fabriken liegt laut CLW bei 66 bis 69 Stunden.

Pegatron und dessen Tochterfirmen Riteng und AVY stellen iPhones, iPad-Teile sowie Apple-Computer her. Mit den neuen Aufträgen hatte Pegatron die Zahl der Arbeiter im Frühling von 50 000 auf 70 000 erhöht. (SDA)

Quelle: «Blick», 29. Juli 2013 (Auszüge)

- a) Warum führen die Verhältnisse in den Zulieferbetrieben von Apple immer wieder zu öffentlicher Kritik?

- b) Nach Ansicht von Menschrechtsorganisation tragen Konzerne wie Apple und die Käuferinnen und Käufer von Apple-Produkten in der Schweiz eine Mitschuld an den Zuständen in den chinesischen oder taiwanischen Fabriken. Was halten Sie von diesen Vorwürfen?

- c) Wie könnten die Probleme in China bzw. Taiwan gelöst werden?

6 Spezialisierung und internationale Arbeitsteilung

Erläutern Sie die folgenden Begriffe:

1 Autarkie

2 Komparativer Vorteil

3 Opportunitätskosten

4 Wohlfahrtseffekte des internationalen Handels

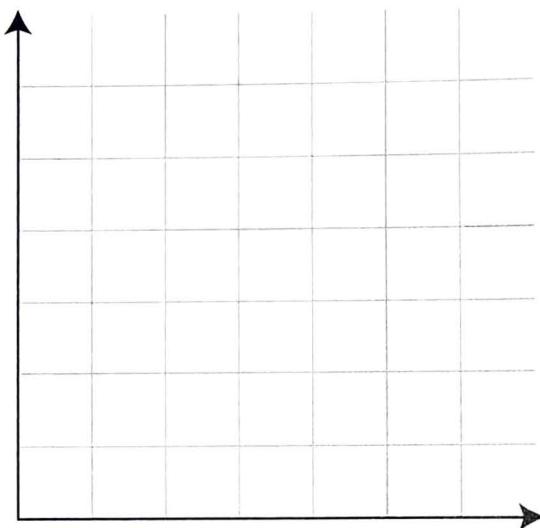
5 Spezialisierung

7

Wohlfahrtseffekte des Handels

Erstellen Sie ein Preis-Mengen-Diagramm für das Gut X und beschriften Sie alle Achsen, Kurven und Schnittpunkte der Kurven. Das Diagramm soll folgenden Zusammenhang zeigen: Der Weltmarktpreis für das Gut X liegt unter dem Gleichgewichtspreis, der sich in dieser Volkswirtschaft bei Autarkie ergeben würde. Das Land betreibt nun internationalen Handel.

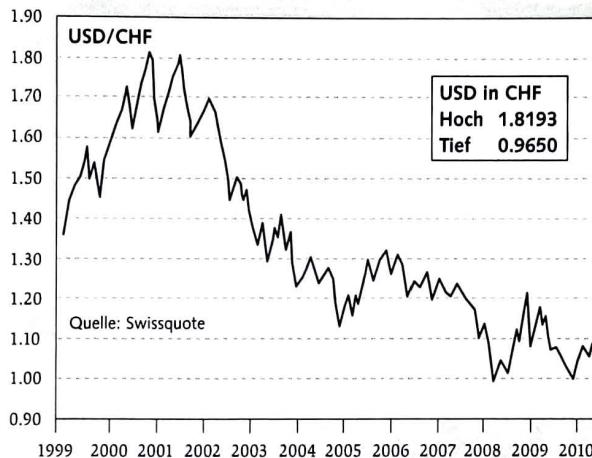
- a) Tragen Sie die Konsumenten- (KR) und Produzentenrente (PR) sowie den Wohlfahrtseffekt des Freihandels in Ihre Grafik ein.



- b) Beschreiben Sie in Worten den Wohlfahrtsgewinn der Marktöffnung. In welchem Bereich könnten diese Zusammenhänge für die Schweiz zutreffen?

8**Wechselkurse**

- a) Die folgende Grafik zeigt den Wechselkurs für den US-Dollar (USD) in Schweizer Franken (CHF) vom 5. Januar 1999 bis zum 31. März 2010.



Die Grafik zeigt, dass ab 2002 der Wechselkurs tendenziell gefallen ist. Handelte es sich dabei um eine Auf- oder Abwertung des Schweizer Frankens?

- b) Von 1999 bis Ende 2001 ist der Wechselkurs für den USD von 1.38 auf 1.82 gestiegen. Was bedeutet das konkret? Erklären Sie in Ihren eigenen Worten.

- c) Die folgende Grafik zeigt den Wechselkurs des Euro (EUR) in Schweizer Franken (CHF). Studieren Sie die Grafik und lösen Sie danach die Aufgaben auf der folgenden Seite.



- c1) Beschreiben Sie die Wechselkursentwicklung im Zeitraum 2003 bis 2007 und erklären Sie stichwortartig die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Exportwirtschaft.

- c2) Beschreiben Sie die Wechselkursentwicklung des Euro im Zeitraum 2008 bis 2012. Warum hat die SNB am 6.9.2011 einen Euro-Mindestkurs von CHF 1.20 eingeführt?

- c3) Am 15.1.2015 hat die SNB den Euro-Mindestkurs überraschend aufgehoben. Beschreiben Sie, welche Folgen dieser Schritt hatte.

- d) Warum führt eine expansive Geldpolitik der SNB zu einer Abwertung des Schweizer Francs gegenüber dem Euro?

9 Protektionismus

Begründen Sie, weshalb der Kampf gegen den Protektionismus schwierig zu führen ist.

10 Formen der Handelsliberalisierung

- a) Erläutern Sie die Abkürzungen EFTA, FIFA, GATS und EWR. Sie können sich über das Internet mit diesen Abkürzungen vertraut machen.

Begriff

EFTA

FIFA

GATS

EWR

- b) Kreuzen Sie die zutreffende Form der Handelsliberalisierung an.

	multi-lateral	regional	bilateral
Welthandelsorganisation WTO	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nordamerikanisches Freihandelsabkommen NAFTA	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vertragspaket zwischen der EU und der Schweiz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
EFTA	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FIFA	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
GATS	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
EWR	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11 Wirtschaftliche Integration

Kreuzen Sie für die folgenden Länder die zutreffende Form der wirtschaftlichen Integration in Europa an.

	Freihandels-zone	Zollunion	Binnenmarkt	Währungsunion	Vollständige Wirtschaftsunion
Liechtenstein	<input type="checkbox"/>				
Schweden	<input type="checkbox"/>				
Schweiz	<input type="checkbox"/>				
Irland	<input type="checkbox"/>				
Norwegen	<input type="checkbox"/>				

12

Schweizer Aussenwirtschaftspolitik

Beschreiben Sie drei positive Wohlfahrtseffekte der internationalen Arbeitsteilung am Beispiel der Schweiz.

1.

2.

3.

13

Schweiz und europäische Integration

- a) Warum ist das Verhältnis zur EU die wichtigste aussenpolitische Frage für die Schweiz?

- b) Was ist mit dem «bilateralen Weg der Schweiz» gemeint?

- c) Welches sind Ihrer Meinung nach die zwei wichtigsten wirtschaftlichen Vor- und Nachteile eines möglichen EU-Beitritts der Schweiz?

Vorteile	Nachteile

14

Wirtschaftliche Effekte der Integration eines Landes

«Die wirtschaftliche (regionale) Integration eines Landes führt zu positiver Handelsschaffung, aber auch zu effizienzmindernder Handelsumlenkung.»

Erläutern Sie diesen Satz ausführlich

15

Fallstudie: Krise der Hypothekarbanken in den USA

Auf der folgenden Seite werden globale Wirtschaftszusammenhänge in einer Grafik aufgezeigt. Ab August 2007 herrschte auf der ganzen Welt eine grosse Verunsicherung. Zur Inflationsbekämpfung hatte die amerikanische Zentralbank «Fed» die Zinsen mehrfach erhöht. Die US-Geschäftsbanken zogen nach, die Hypothekarzinsen stiegen.

Das ist der Ausgangspunkt der Grafik. Als Folge der steigenden Zinsen konnten immer mehr Hauseigentümer in den USA die Hypothekarzinsen nicht mehr bezahlen. Die Banken reagierten und wurden vorsichtiger bei der Kreditvergabe. Dies traf die Hedgefonds* doppelt: Sie hatten US-Hypothekarkredite von US-Geschäftsbanken übernommen und mussten für ihre eigenen Kredite höhere Zinsen bezahlen.

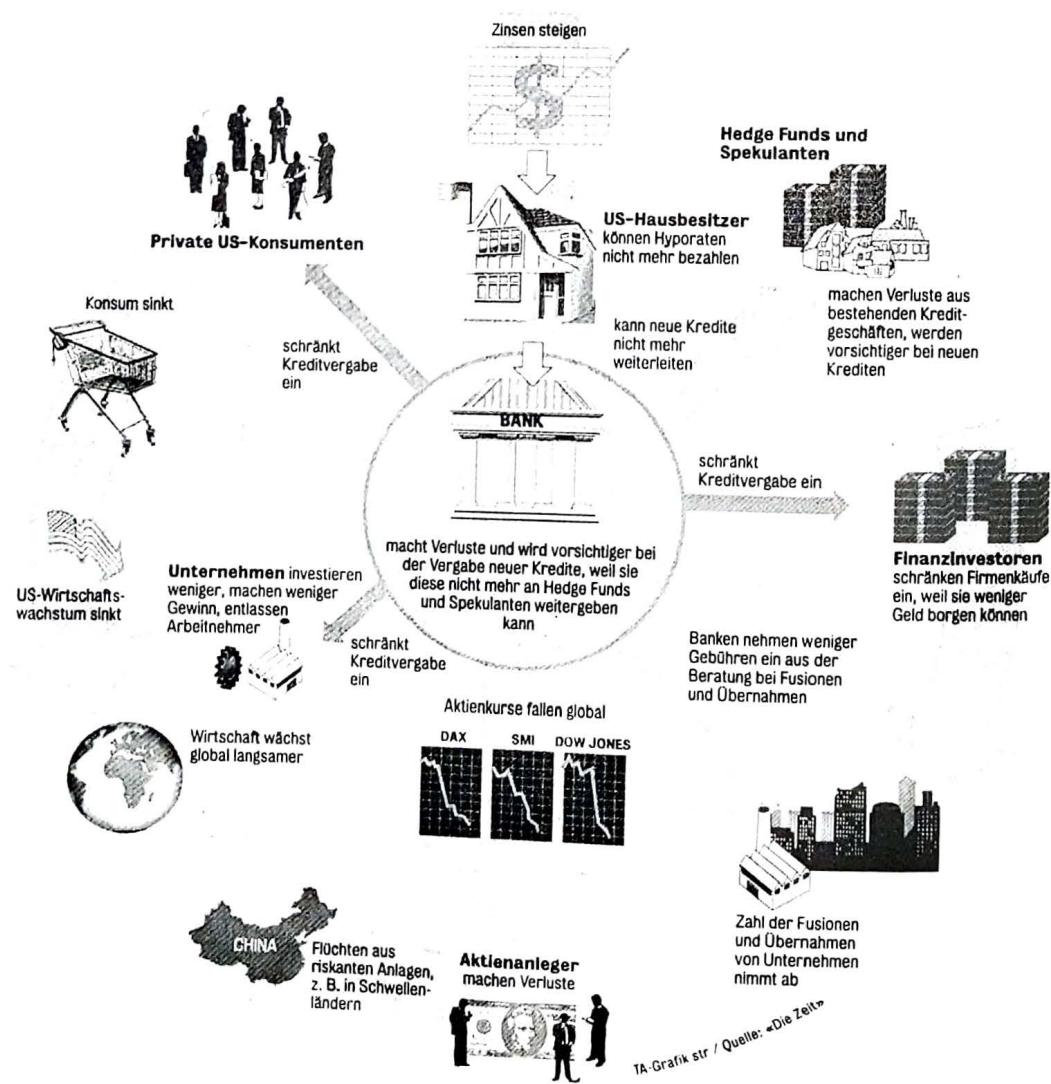
*Private Anlagegemeinschaft, die an den globalen Kapitalmärkten agiert, sich an absoluten Renditen orientiert und einen raschen Vermögenszuwachs anstrebt. (Quelle: UBS Bankfachwörterbuch)

Starten Sie bei den US-Hausbesitzern, die die Hypothekarzinsen nicht mehr bezahlen können. Notieren Sie auf einem separaten Blatt, wie die verschiedenen wirtschaftlichen Akteure darauf reagiert haben. Beurteilen Sie die Folgen für die Konjunktur in den USA und in der übrigen Welt.

Das Netzwerk zeigt viele Zusammenhänge aus dem Buch auf. Schreiben Sie bei Unklarheiten Ihre Fragen zum Netzwerk auf.

Die folgenden Begriffserläuterungen (Quelle: de.wikipedia.org) können Ihnen bei der Erklärung der Zusammenhänge helfen:

- Als **Finanzinvestor** gilt eine Person, eine Gesellschaft oder ein Finanzinstitut, das Anteile an einem Unternehmen erwirbt, mit der alleinigen Zielsetzung, sein eingesetztes Kapital zu erhöhen.
- Ein **Schwellenland** ist auf dem Weg vom Entwicklungsland zum Industrieland. In diesem Stadium ist ein Schwellenland durch einen weitgehenden Umbau der Wirtschaftsstrukturen gekennzeichnet, der von der Agrarwirtschaft zur Industrialisierung führt; typische Schwellenländer sind: China, Indien, Brasilien, Mexiko.



Quelle: «Tages-Anzeiger», 15. August 2007

16

Fallstudie Finanzkrise, Staatsverschuldung und Euro

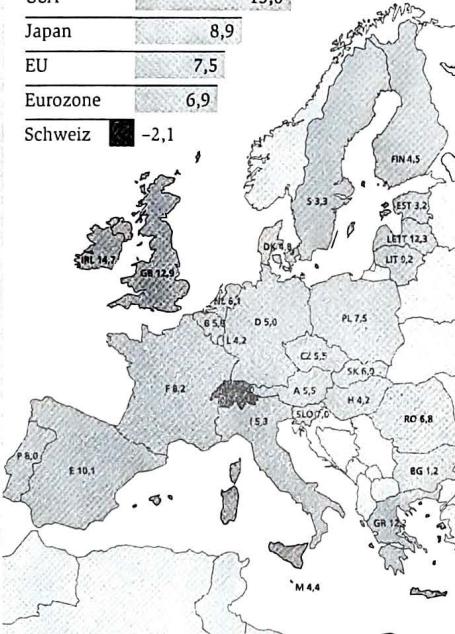
Die Finanzkrise in den Jahren 2008–2010 ist in vielen Ländern mit umfangreichen staatlichen Konjunkturprogrammen und Massnahmen zur Stützung von bedrohten Banken bekämpft worden. Dies hat eine starke Zunahme der Verschuldung der meisten Industriestaaten bewirkt. Der «Tages-Anzeiger» hat am 25. März 2010 ein Dossier mit folgenden Grafiken veröffentlicht:

Die Hälfte der EU-Staaten ist stärker verschuldet als erlaubt

Erwartetes Budgetdefizit 2010 in % des Bruttoinlandprodukts

Maastrichter Vorgaben = < 3 %

USA	13,0
Japan	8,9
EU	7,5
Eurozone	6,9
Schweiz	-2,1



Erwartete Staatsverschuldung 2010 in % des Bruttoinlandprodukts

Maastrichter Vorgaben = < 60 %

Griechenland	124,9
Italien	116,7
Belgien	101,2
Portugal	84,6
Irland	82,9
Frankreich	82,5
GB	80,3
Ungarn	79,8
Deutschland	76,7
Österreich	73,9
Malta	70,9
Spanien	66,3
Niederlande	65,6
Zypern	58,6
Polen	57,0
Lettland	48,6
Finnland	47,4
Schweden	43,6
Slowenien	42,8
Litauen	40,7
Tschechien	40,6
Slowakei	39,2
Dänemark	35,3
Rumänien	27,4
Luxemburg	16,4
Bulgarien	16,2
Estland	10,9

Japan	227,0
USA	93,6
Eurozone	84,0
EU	79,3
Schweiz	41,4

Quelle: «Tages-Anzeiger», 25. März 2010

EU-Mitglieder, die den Euro einführen wollten, mussten sich an bestimmte Stabilitätskriterien halten:

- Die jährliche Neuverschuldung (erwartetes Budgetdefizit) darf nicht höher als 3 % des Bruttoinlandprodukts sein.
- Der gesamte Schuldenbestand des Staates (erwartete Staatsverschuldung) darf nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandprodukts betragen.

- d) Unten sind zwei weitere Artikel aus der Dokumentation des «Tages-Anzeigers» vom 25. März 2010 abgedruckt.
Lesen Sie die Artikel und beantworten Sie danach die Fragen auf der nächsten Seite.

Schweiz

Euro-Schwäche gefährdet die Schweizer Konjunktur

Ein Wechselkurs von 1.40 Franken «tut vielen Unternehmen weh», warnt der Industrieverband Swissmem.

Von Robert Mayer

Wird die Schweizer Wirtschaft Opfer ihres eigenen Erfolgs? Im europäischen Vergleich hat sie die jüngste Rezession schneller abgestreift als ihre Nachbarn. Zudem wächst sie schneller, und nicht zuletzt ist die staatliche Schuldenlast hierzulande weitaus geringer. Dies alles macht die Schweiz zu einem lohnenden Ziel für Investoren – trotz der tiefen Kapitalmarktzinsen.

Der Aufwertungsdruck auf den Franken ist damit aber noch nicht gänzlich erklärt. Im gegenwärtigen Wechselkurs zum Euro von unter 1.43 Franken wider spiegelt sich eben nicht nur die (relative) Stärke der Schweizer Wirtschaft, sondern auch die schwerste Krise des Euro in seinem über elfjährigen Bestehen. Und solange sich die 16 Euroländer nicht klar darauf festlegen, ob und wie sie – allenfalls zusammen mit dem Internationalen Währungsfond – dem finanziell bedrängten Griechenland zu Hilfe eilen, wird die Schwäche des Euro andauern.

Nationalbank stösst an Grenzen

Diese Konstellation stellt die Schweizerische Nationalbank vor eine kaum lösbare Aufgabe. Seit gut einem Jahr ist es ihre erklärte Politik, einer «übermässigen Aufwertung des Frankens entschieden entgegenzuwirken». Die Währungshüter wollen damit das Risiko eindämmen, dass unsere Wirtschaft in eine deflationäre Spirale mit sinkenden Preisen, schrumpfender Nachfrage und einbrechender Produktion gerät. Ihren Worten haben sie seither verschiedentlich Taten folgen lassen, indem sie am Devisenmarkt intervenierten und Franken gegen Euro verkauften.

Bis letzten Dezember hat die Nationalbank auf diese Weise den Wechselkurs über der Marke von 1.50 Franken gehalten. Doch seither ist der Kurs stetig gesunken und hat in der Nacht zum Mittwoch mit 1.4232 Franken ein neues Allzeittief erreicht. Etliche Ökonomen rechnen nun mit einem weiteren Rückgang bis auf 1.40 Franken – allein schon, so vermuten sie, weil der Markt die neue Schmerzgrenze der Nationalbank testen wolle.

Spanien

Zweifel an den Finanzmärkten

Spanien fordert Solidarität mit Griechenland. Dahinter steckt auch Eigeninteresse.

Von Martin Dahms, Madrid

Niemand hörte auf Miguel Boyers Kassandra-Rufe. Der frühere spanische Wirtschaftsminister sah kurz vor dem Start der Währungsunion gewaltige Probleme auf Spanien zukommen. Durch den Verzicht auf flexible Wechselkurse, sagte er in einem Zeitungsinterview 1996, «würden wir die Möglichkeit verlieren, Fehler bei Preisen und Löhnen zu korrigieren, und müssten dies dann mit mehr Arbeitslosigkeit bezahlen».

Doch die Teilhabe an der europäischen Einheitswährung war eine Frage der nationalen Ehre. Spanien erfüllte die Maastricht-Kriterien und war von Anfang an dabei. Und profitierte: Historisch niedrige Zinsen heizten die Bauwirtschaft an, die Gesamtwirtschaft wuchs, bis das spanische Pro-Kopf-Einkommen das italienische überflügelte. Das war das spanische Wunder. Und dann, mit mehr als einem Jahrzehnt Verspätung, behielt Boyer doch noch Recht: Die Immobilienblase platzte, und die Arbeitslosigkeit explodierte.

Aber niemand in Spanien erwägt ernsthaft den Ausstieg aus der Einheitswährung. Spanien hat in den Boomjahren gut gehaushaltet, deshalb liegt die Gesamtverschuldung mit 54,3 Prozent noch deutlich unter der deutschen mit 73,1 Prozent. Und deshalb ist aus spanischer Sicht auch nicht einzusehen, warum die spanische Finanzverwaltung für Staatsanleihen eine deutlich höhere Verzinsung anbieten muss als die deutsche. Und deshalb fordert Spanien beim EU-Gipfel Solidarität mit Griechenland: Nicht weil es dem griechischen Schlendrian nacheifert, sondern weil es schlechte Erfahrungen mit den Finanzmärkten macht.

d1) In welcher konjunkturellen Lage befanden sich die beiden Länder im März 2010?

d2) Warum gab es im Frühjahr 2010 einen massiven Aufwertungsdruck auf den Franken? Welche Folgen könnte ein starker Franken gegenüber dem Euro für die Schweizer Konjunktur haben?

d3) Wie versuchte die Schweizerische Nationalbank (SNB), den Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken zu verringern?

d4) Warum machte Spanien schlechte Erfahrungen mit den Finanzmärkten?

17

Freihandelsabkommen Australien – China

Lesen Sie den folgenden Zeitungsartikel und lösen Sie danach die unten stehenden Aufgaben.

Australien und China mit Freihandelsabkommen am Ziel

Die beiden Länder hoffen auf zusätzliche Milliarden in ihren Handelsbilanzen. Und Peking auf nachhaltigen Eindruck im Westen.

Zehn Jahre haben die Verhandlungen gedauert. Am Montag war es dann so weit. Chinas Staatschef Xi Jinping und Australiens Premierminister Tony Abbott unterzeichneten in der australischen Hauptstadt Canberra ein Freihandelsabkommen, das ihre Amtsvorgänger angestossen hatten. Das Interesse an dem Abschluss hat in den vergangenen zehn Jahren zugenommen. China ist inzwischen die zweitgrösste Volkswirtschaft und benötigt immer mehr Rohstoffe, von denen Australien einen erheblichen Teil liefern kann. Außerdem weckt auch die wachsende Konsumlust in China Begehrlichkeiten bei australischen Exporteuren.

Beide Seiten schwärmen deshalb von den vielen Milliarden US-Dollar, die künftig die gemeinsame Handelsbilanz aufpumpen sollen. Für die Chinesen ist die Einigung aber auch eine Portion Eigenwerbung nach dem G-20-Gipfel am Wochenende in Australien. In Peking hofft man auf Freihandelsabkommen mit Europäern und Amerikanern. EU und USA sind die wichtigsten Handelspartner der Volksrepublik. Doch Misstrauen hier und Nationalismus dort haben Protektionismus gefördert, statt Barrieren abzubauen.

Peking versucht deshalb, mit vielen bilateralen Abkommen zum Ziel zu kommen. Erst in der vergangenen Woche verkündeten die Ge nossen eine Vereinbarung mit Südkorea. Auch mit Neuseeland, Chile, Argentinien oder der Schweiz haben sich die Chinesen bereits auf freien Handel geeinigt. Doch der grosse Durchbruch fehlt. Globale Industrienormen und zukunftsweisende Technologiestandards können

die Chinesen nicht setzen mit bilateralen Abkommen. Das gilt eher für die Verhandlungen zwischen Amerikanern und Europäern über den Freihandelsvertrag TTIP oder für das Bemühen der USA und Japans, in das transpazifische Abkommen TTP einzusteigen. Alles jeweils ohne chinesische Beteiligung.

Farmen in chinesischer Hand

Das Abkommen mit Australien unmittelbar nach dem G-20-Gipfel soll im Westen nachhaltig das Bild schärfen, dass freier Handel mit China der eigenen Wirtschaft guttut. Abbott sieht Australien jedenfalls als Gewinner und sprach von der «besten Vereinbarung aller Zeiten». Schon heute ist China wichtigster Handelspartner des Landes. 130 Milliarden US-Dollar betrug das Volumen der Geschäfte, die im vergangenen Jahr zwischen beiden Ländern abgeschlossen wurden. Australiens Landwirtschaft hofft jetzt auf einen neuen Boom.

Einfuhrzölle auf Milchprodukte, Rindfleisch und Wein sollen in den kommenden Jahren gänzlich abgebaut werden. Kritiker sagen, dass ein grosser Teil australischer Milchfarmen ohnehin in chinesischer Hand seien und deshalb kein Australier daran verdienen würde. Die Regierung hält dagegen, dass langfristig Arbeitsplätze gesichert würden, wenn chinesische Konsumenten Wein und Milch aus Australien tränken.

Vor allem privaten chinesischen Unternehmen wird es in Zukunft leichter gemacht, in sensible Sektoren wie Rohstoffe, Telekommunikation, Medien und die Verteidigungsindustrie von Down Under zu investieren. Bislang beträgt der Anteil chinesischen Kapitals an den Auslandsinvestitionen nur 1,3 Prozent.

Quelle: «Tages-Anzeiger», 18. November 2014

- a) Stellen Sie die Vorteile zusammen, die das neue Freihandelsabkommen für die beiden betroffenen Länder hat.

- b) Erläutern Sie die Handelsstrategie von China. Warum ist das Abkommen mit Australien für China nur eine Etappe in seiner Aussenhandelsstrategie?

- c) Welche konkreten wirtschaftlichen Auswirkungen hat das Abkommen für die beiden Länder?

18

Aufgabe des Euro-Mindestwechselkurs durch die SNB

Lesen Sie das folgende leicht gekürzte Interview der NZZ mit Aymo Brunetti vom 21.1.2015. Darin wird auf die Folgen der Aufgabe des Euro-Mindestwechselkurses durch die SNB vom 15.1.2015 eingegangen. Beantworten Sie anschliessend die unten aufgeführten Fragen.

Was der Bundesrat nun tun und lassen sollte

*Analyse des früheren Bundes-Chefökonomen
Aymo Brunetti zum Frankenproblem*

Am Mittwoch (21.1.2015) diskutiert der Bundesrat über die Folgen des Nationalbank-Entscheids und die Wachstumspolitik.

Aymo Brunetti, der frühere Chefökonom des Bundes, sagt im Interview, was die Politik tun kann – und was sie nicht machen sollte.

Was ist von der Wechselkursfreigabe durch die Nationalbank zu halten?

Der Entscheid ist gefällt. Es hat jetzt keinen Sinn, darüber zu spekulieren, ob es ein guter oder schlechter Entscheid war. Man kann nicht mehr zurück. Zudem liessen sich die Folgen des Entscheids heute auch noch gar nicht beurteilen.

Wie gross war bei Ihnen der Grad der Überraschung? *Der war enorm, besonders wegen der zuvor klaren Botschaft der Nationalbank, und weil keine Entwicklungen offensichtlich waren, die eine Neubeurteilung nahelegen würden.*

Wo wird sich der Eurokurs nun etwa einpendeln?

Das kann niemand sagen. Legt man irgendeine Art von Kaufkraftkonzept zugrunde, war der Franken schon bei 1.20 pro Euro überbewertet. Die Entwicklung vor 2011 und jetzt wieder zeigt aber, dass der Franken stark von «spekulativen» Kapitalströmen getrieben ist, die weit weniger mit der realwirtschaftlichen Situation zu tun haben als mit der Absicherung von Risiken der Finanzmärkte. Das hat die extrem unangenehme Nebenerscheinung, dass über lange Zeit ein für die realen wirtschaftlichen Entwicklungen völlig verzerrter Wechselkurs möglich ist.

Traditionellerweise ging man davon aus, dass die Kurse zwar jahrelang stark von den Kaufkraftparitäten abweichen können, aber für Perioden von vielleicht fünf oder mehr Jahren sich doch tendenziell in die Richtung der Kaufkraftparitäten bewegen. Stimmt das nicht mehr?

Die Tendenz stimmt in einer normalen Wirtschaftsentwicklung – für das, was vor 2007 gelaufen ist. Seit dem Ausbruch der Finanz- und Euro-Krise sind wir aber in einer völlig anderen Situation, mit der starken Tendenz von Akteuren insbesondere aus dem Euro-Raum, wenigstens einen Teil der Kapitalien in den Franken zu bringen. Die Euro-Krise ist in keiner Weise gelöst. Die jüngste Entwicklung in Griechenland zeigt, dass die Krise noch jahrelang andauern kann. So kann der Wechselkurs auch noch jahrelang vor allem durch Risikoabsicherungen bestimmt sein, statt durch normale realwirtschaftliche Entwicklungen wie Kaufkraftparitäten und Produktivität.

Sind solch starke Verzerrungen auch noch für die nächsten fünf oder zehn Jahre gut möglich?

Ja, solange keine nachhaltige Lösung der Probleme im Euro-Raum erreicht wird.

Mit welchen kurzfristigen und mittelfristigen Folgen muss die Schweizer Wirtschaft rechnen, wenn man annimmt, dass sich der Euro bei etwa einem Franken einpendeln wird?

Das führt zu einer starken Verschlechterung der Wirtschaftslage. Wenn der Euro sogar unter die Parität fällt und dort bleibt, würde mich auch eine Rezession nicht überraschen. Noch mehr Sorgen machen mir die strukturellen Auswirkungen. Wenn wir über Jahre so stark verzerrte Wechselkurse haben, erzwingt dies einen Strukturwandel, der aufgrund der normalen realwirtschaftlichen Entwicklungen eigentlich nicht

gerechtfertigt wäre. Dann würde möglicherweise viel mehr Wertschöpfung aus der Schweiz ausgelagert, als realwirtschaftlich gerechtfertigt wäre.

Wie stark würde dies die Beschäftigung drücken?

Der Schweizer Arbeitsmarkt ist effizient. Solange wir ihn flexibel lassen, mache ich mir nicht Sorgen, dass die Arbeitslosigkeit permanent deutlich höher sein wird. Aber es bedeutet für gewisse Branchen massive und rasche Anpassungen. Es wird einen starken und für die Betroffenen höchst unangenehmen Wandel in der Beschäftigung geben.

Würde dann die Einwanderung deutlich zurückgehen?

Bei einer Verschlechterung der Wirtschaftslage ist mit einem gewissen Rückgang der Einwanderung zu rechnen. Ob das positiv wäre, ist eine andere Frage. Beim letzten Wirtschaftseinbruch war die Einwanderung eine wichtige Konjunkturstütze, namentlich für den Konsum und Bau.

Diesen Mittwoch diskutiert der Bundesrat über die Folgen der Frankenstärke. Was kann die Politik tun? *Es gibt keine einzige wirtschaftspolitische Massnahme, die auch nur annähernd die gleiche kurzfristige Wirkung hat wie eine Wechselkursintervention der Nationalbank. Gegen extreme Ausschläge kann nur die Nationalbank etwas machen – und dann würde sie wohl auch in Zukunft aktiv werden. Die Wirtschaftspolitik sollte sich auf die mittel- bis längerfristige Wachstums- politik konzentrieren, denn letztlich kann man diesen Kostenschub nur mit einer Produktivitäts- und Effizienzverbesserung konttern. Bei Versuchen für kurzfristige Massnahmen ist die Gefahr gross, dass man mit einem enormen politischen Aufwand Pflasterlipolitik betreibt, die nichts bringt und sogar eher schadet.*

Auch die Diskussion über ein allfälliges Konjunkturprogramm dürfte wieder aufkommen. Wie sehen Sie das?

Konjunkturprogramme sind höchstens in einer schweren Rezession sinnvoll. Davon sind wir weit entfernt. Die Diskussion darüber ist somit stark verfrüht. Zudem ist die internationale Lage anders als vor 2011. Die USA haben eine Trendwende geschafft, und der Dollar ist wieder deutlich attraktiver. Im Euro-Raum hat man mindestens erste Anzeichen einer konjunktuellen Besserung. Und der Fall des Erdölpreises ist eine Art Kostensenkungsprogramm mit einer Wirkung, die man mit kurzfristigen Politikmassnahmen nicht erreichen könnte.

Sie haben nun gesagt, was die Politik nicht machen sollte. Doch was soll sie denn tun? *Wachstums- politik ist das langweilige Bohren sehr di-*

cker Bretter. Es geht nicht um Massnahmen, die man aus der Schublade zieht und die schon nächstes Jahr einen grossen Effekt haben. Aber die langfristige Entwicklung hängt wirtschaftspolitisch fast ausschliesslich von der Wachstumspolitik – also von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – ab, auch wenn die Konjunkturpolitik kurzfristig politisch viel attraktiver wäre. In der Wachstumspolitik ist für mich im Moment die Frage Nummer 1, wie es weitergeht mit den bilateralen Verträgen Schweiz-EU. Der Erhalt der Bilateralen bei der Umsetzung der Einwanderungsinitiative sollte jetzt eine noch grössere Priorität bekommen. Ein Weg-

fall der Bilateralen wäre verheerend, wenn dies noch zu den Wechselkursproblemen hinzukäme. Sehr wichtig ist auch der Erhalt der Flexibilität des Arbeitsmarkts. Auch die Unternehmenssteuerreform III erachte ich als wichtig, weil sie den Unternehmen direkt etwas bringen kann. Ich wäre dort nicht so nervös, wenn die Reform kurzfristig gewisse Steuerausfälle brächte. Dann gibt es noch das immer wieder genannte Thema der administrativen Entlastung. Letzteres betrifft eine Vielzahl von Massnahmen; keine einzelne wird die grosse Wirkung bringen, aber es ist wichtig, dass man dort aktiv bleibt.

Quelle: «Neue Zürcher Zeitung», 21. Januar 2015

- a) Welche Faktoren hatten nach der Finanzkrise einen Einfluss auf den Wechselkurs des Euro?

- b) Warum kann seit 2008 nicht mehr mit einer normalen Wechselkursentwicklung beim Schweizer Franken gerechnet werden?

c)

Mit welchen Folgen müsste die Schweizer Wirtschaft rechnen, wenn sich der Wechselkurs des Schweizer Frankens zum Euro bei einer Parität einpendeln würde?

d)

Welche wirtschaftspolitischen Massnahmen sieht Aymo Brunetti in dieser veränderten Lage?

t

e)

Wie hat sich die Schweizer Wirtschaft seit dem 15.1.2015 entwickelt? Sind die Voraussagen von Aymo Brunetti eingetroffen? Was sind Ihrer Meinung nach die wirtschaftspolitischen Massnahmen, die in der Schweiz umgesetzt werden sollten?

Diskutierten Sie diese Frage und Ihre Antworten in Ihrer Klasse.

19**Beschreibungen zuordnen**

Ordnen Sie den aufgeführten Beschreibungen den jeweiligen Fachbegriff durch Eintrag der passenden Ziffer zu.

Ziffer	Beschreibung
	Preis für die Währung eines Landes, ausgedrückt in einer anderen Währung.
	Erfasst die laufenden Transaktionen mit dem Ausland aus Handel, Dienstleistungen, Arbeits- und Kapitaleinkommen.
	Wunsch, einen empfundenen Mangel zu beseitigen oder zu mildern.
	Welthandelsorganisation mit Sitz in Genf.
	Reaktion einer wirtschaftlichen Grösse auf eine Veränderung einer anderen Grösse.
	Weg eines Produkts vom Rohstoff bis zum Verbraucher. Jede Verarbeitungsstufe ist ein Glied in der Produktionskette.
	Erwirtschaften von Vorteilen für eine bestimmte Gruppe durch staatliche Regulierungen.
	Steuer, bei der die ökonomisch leistungsfähigeren Wirtschaftssubjekte prozentual stärker besteuert werden.
	Bargeldumlauf + Buchgeld + Spargelder + Termineinlagen.
	Einfuhr von im Ausland produzierten Gütern und Dienstleistungen.
	Auf und Ab der Wirtschaft in einem kurzfristigen Zeitraum.
	Handelshemmnisse, die den internationalen Handel erschweren und keine Zölle sind.
	Anstieg des generellen Preisniveaus über längere Zeit.
	Guthaben, die von Bankkunden in kurzer Zeit in Bargeld umgewandelt werden können.
	Ausdehnung der Geldmenge durch die SNB, begleitet durch ein sinkendes Zinsniveau.
	Aufstellung der erwarteten Einnahmen und Ausgaben des Bundes.

Fachbegriffe:

- | | |
|---|-------------------------------|
| 1 Bundesbudget | 10 Direkte Steuer |
| 2 Nichttarifäre Handelshemmnisse | 11 Konjunktur |
| 3 Inflation | 12 Elastizität |
| 4 WTO | 13 Leistungsbilanz |
| 5 Sichtguthaben | 14 Wertschöpfungskette |
| 6 Import | 15 Rent-Seeking |
| 7 Wachstum | 16 M3 |
| 8 Expansive Geldpolitik | 17 Progressive Steuer |
| 9 Bedürfnis | 18 Wechselkurs |

B Begriffe

Ordnen Sie den folgenden Begriffen die zutreffende Beschreibung zu:

Buchstabe	Begriff
	Arbeitsteilung
	Autarkie
	EFTA
	Globalisierung
	Handelsschaffung
	Kapitalverkehrsbilanz
	Komparativer Vorteil
	Meistbegünstigung
	Protektionismus
	Spezialisierung
	Währungsunion
	Zahlungsbilanz
	Zoll

- A Binnenmarkt mit einer einzigen, gemeinsamen Währung.
- B Tiefere Opportunitätskosten bei der Produktion eines Gutes gegenüber einem Handelspartner.
- C Erfassung sämtlicher Geldströme mit dem Ausland.
- D Handelspolitik, mit der die inländischen Produzenten vor der ausländischen Konkurrenz geschützt werden sollen.
- E Konzentration auf relativ wenige Produktionsstufen innerhalb der Wertschöpfungskette.
- F Der Abbau von Handelshemmnissen gegenüber einem WTO-Land gilt auch für alle anderen WTO-Länder.
- G Ein Land betreibt keinen internationalen Handel und ist ausschliesslich Selbstversorger.
- H Erfasst die Vermögenstransaktionen mit dem Ausland über Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen und sonstige Kredite.
- I Zunehmende wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Verflechtung und Vernetzung der Welt.
- J Steuer auf den Import von Gütern und Dienstleistungen.
- K Aufteilung des Produktionsprozesses in einzelne Arbeitsschritte, die von unterschiedlichen Personen oder Unternehmen ausgeführt werden.
- L Erhöhung der Menge an gehandelten Gütern und Dienstleistungen durch wirtschaftliche Integration.
- M Europäische Freihandelszone.

K Kompetenzen vertiefen

Freihandelsabkommen Schweiz–China (Rollenspiel)

Nach über zwei Jahren Verhandlungen haben sich die Schweiz und China im Mai 2013 auf ein neues Freihandelsabkommen geeinigt. Dieses Abkommen hat in der Schweiz politische Diskussionen ausgelöst. Die folgenden Zeitungsartikel dokumentieren diese unterschiedlichen Standpunkte.

Die zehn wichtigsten Fragen und Antworten zum Deal mit China

Der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang weilt heute in Bern, wo er sich mit drei Bundesräten trifft. Im Zentrum: Das Freihandelsabkommen. Um was geht es dabei eigentlich, wer profitiert, wer nicht? Die Antworten.

1. Was ist ein Freihandelsabkommen?

Mit einem Freihandelsabkommen vereinbaren zwei Staaten, in welchen Bereichen sie auf Importen aus dem Partnerstaat keine oder tiefere Zölle erheben. Die Abkommen stützen sich auf die Wirtschaftstheorie des freien Handels: Diese besagt, dass zwei Länder sich wirtschaftlich besser entwickeln, wenn die Zölle möglichst tief sind und sich jede Volkswirtschaft auf ihre Stärken konzentriert. Die Schweiz ist mit den Ländern der EU und 35 weiteren Ländern über ein Freihandelsabkommen verbunden. Mit den USA besteht kein Abkommen. Entsprechende Verhandlungen scheiterten im Jahr 2006. Dies vor allem wegen des Widerstands der Bauern. Sie fürchteten sich vor Billigimporten von Landwirtschaftsprodukten.

2. Weshalb handelt die Schweiz ausgerechnet mit dem kommunistischen China ein solches Abkommen aus?

China hat Ende der 1970er-Jahre sein planwirtschaftliches System reformiert und damit begonnen, sogenannte Sonderwirtschaftszonen mit kapitalistischem Charakter einzuführen. Mit der Ausdehnung dieser Zonen aufs gesamte Festland ist China inzwischen neben den USA und Japan zu einer der drei grössten Volkswirtschaften und Handelsnationen der Welt geworden. Das hat dazu geführt, dass eine kaufkräftige Mittelschicht entstanden ist und es gewiefte Unternehmer zu Millionenvermögen gebracht haben. Für die Schweiz als Ex-

portnation ist somit das Reich der Mitte mit 1,3 Milliarden potenziellen Konsumenten zu einem gewichtigen Handelspartner geworden. Das zeigen auch die provisorischen Zahlen aus dem Jahr 2012: Die Schweiz exportierte Güter im Wert von 7,4 Milliarden Franken nach China. Gleichzeitig importierte die Eidgenossenschaft chinesische Güter im Wert von 10,2 Milliarden Franken.

3. Wann wird der Inhalt des Abkommens bekannt?

Mitte Mai gab Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann bekannt, dass sich die Schweiz und China geeinigt haben. Es ist davon auszugehen, dass die Verhandlungsparteien heute den Inhalt des Abkommens noch nicht bekannt geben werden. Das Abkommen – ein dickes Buch – wird derzeit juristisch ausformuliert und auf Chinesisch übersetzt. Erst wenn die beiden Regierungen den Text abgesegnet haben, wird er veröffentlicht. In ein paar Wochen sollte es so weit sein.

4. Welche Vorteile erhofft sich Bundesrat Johann Schneider-Ammann von diesem Abkommen?

Der Volkswirtschaftsminister ist überzeugt, dass das Abkommen der Schweizer Exportwirtschaft neuen Schub verleiht. Vor allem der Uhren-, der Pharma- und der Maschinenindustrie. Schneider-Ammann erhofft sich in der Folge neue Stellen in diesen Branchen.

5. Inwiefern profitiert die Schweizer Uhrenindustrie?

Für die exportorientierte Schweizer Uhrenindustrie ist das chinesische Festland nach Hongkong und den USA der dritt wichtigste Absatz-

markt. Im Jahr 2012 exportierte die Branche Produkte im Wert von 1,6 Milliarden Franken nach China. Es gibt aber einen Wermutstropfen: Für Luxusgüter, die auf das Festland importiert werden, erhebt das Reich der Mitte eine Sondersteuer von 20 Prozent. Mit dem Freihandelsabkommen kann die Uhrenindustrie hoffen, dass die Luxussteuer abgeschafft oder zumindest verringert wird. Weiter kann die Uhrenindustrie damit rechnen, dass beide Länder im Abkommen einen besseren Schutz des geistigen Eigentums vereinbarten. Gerade die zunehmend hohe Qualität der Uhrenfälschungen aus China bereitet dem Wirtschaftszweig Kopfzerbrechen. Fälschungen verursachen der Branche einen jährlichen Verlust von schätzungsweise 800 Millionen Franken.

6. Was befürchten die Schweizer Bauern?

Grundsätzlich steht der Schweizerische Bauerverband dem Abkommen positiv gegenüber. Doch mit einem abschliessenden Urteil hält sich der Verband zurück, bis die Details bekannt sind. Ob landwirtschaftliche Produkte aus China den Schweizer Bauern das Leben schwer machen werden, ist daher offen. 2012 jedenfalls bewegten sich die Importe chinesischer Produkte auf tiefem Niveau: Den Hauptanteil machten getrocknete Pilze und Trüffel aus (mit einem Volumen von fast 5 Millionen Franken); dahinter folgten Tomatenpüree (4,2 Millionen Franken) und haltbar gemachte Champignons (3,4 Millionen Franken). Generell gilt China als stark im Haltbarmachen von Gemüsen und Früchten. Nicht bekannt ist, über welche Produkte die Schweiz und China verhandelten. Gerüchteweise soll es unter anderem um Äpfel und Poulet gegangen sein.

7. Was erhoffen sich die Bauern?

Die Schweizer Bauern erhoffen sich neue Absatzmärkte in China. Interessant dürfte dabei in erster Linie das Premiumsegment sein. Gepunktet werden soll mit der Swissness. Agrarische Rohstoffe aus der Schweiz dürften kaum vermehrt nach China gelangen. Interessant ist aber, dass 2012 immerhin eine Million Liter Milch nach China exportiert wurde. Den grössten Brocken machte 2012 die Kindernahrung aus – deren Exportvolumen betrug 12,5 Millionen Franken. Auch beim Export von Joghurts ist die Schweiz stark. Wegen der grossen Distanz dürften die Exportvolumen jedoch nur langsam wachsen.

8. Was bringt das Abkommen den Konsumenten?

Eine mögliche Folge des Abkommens könnte sein, dass gewisse Landwirtschaftsprodukte für den Konsumenten billiger werden. Es ist aber zu vermuten, dass die chinesischen Importe nicht primär Schweizer Produkte konkurrieren werden, sondern bisherige Importprodukte ersetzen – beispielsweise aus Osteuropa. Die Skepsis der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten gegenüber chinesischen Importen ist allerdings gross: Zuweilen wird es nicht goutiert, wenn Migros oder Coop Knoblauch und Dörrbohnen aus China in den Regalen anbieten. Bei Industrieprodukten wie Elektronikgeräten und Spielzeugen sind die Schweizer Importzölle dagegen bereits heute sehr tief, sodass in diesem Bereich keine grösseren Preissenkungen zu erwarten sind.

9. Was sind die Streitpunkte des Abkommens?

Nichtregierungsorganisationen wie die Erklärung von Bern (EvB) befürchten, dass das Freihandelsabkommen Aspekte wie Menschenrechte, Arbeitsrechte und Umweltfragen ausklammert. Die EvB fordert deshalb, dass im Vertrag «die Menschen- und die Arbeitsrechte verankert werden sowie ein Kontroll- und Sanktionsmechanismus für Verstöße etabliert wird. Sonst läuft die Schweiz Gefahr, Produkte zu bevorzugen, die unter massiven Menschenrechtsverletzungen hergestellt wurden.» Bundesrat Johann Schneider-Ammann versicherte, dass für die Erwähnung der Menschenrechte in der Präambel des Abkommens eine Formulierung vorgesehen ist. Zudem sei ein Kapitel den Umweltrechten gewidmet, und zu Arbeiterrechten und sozialen Aspekten gebe es ein Parallelabkommen.

10. Wie reagiert die EU auf die Tatsache, dass die Schweiz vor der Union ein Freihandelsabkommen mit China abschliessen wird?

Island und die Schweiz sind die einzigen Länder Europas, die ein Freihandelsabkommen mit China vorweisen können. Das bringt die EU als europäische Wirtschaftsmacht unter Zugzwang. EU-Diplomaten halten gemäss einem internen Papier, das der Nachrichtenagentur Reuters vorliegt, ein Abkommen unter gewissen Bedingungen für möglich. Allerdings herrscht Uneinigkeit unter den Mitgliedsstaaten. Frankreich und Italien sind gegen ein Freihandelsabkommen. Deutschland plädiert dafür, zunächst eine Partnerschaftsvereinbarung mit China zu treffen. Die deutsche Wirtschaft wiederum unterstützt ein Abkommen mit China.

Quelle: «Tages-Anzeiger», 24. Mai 2013

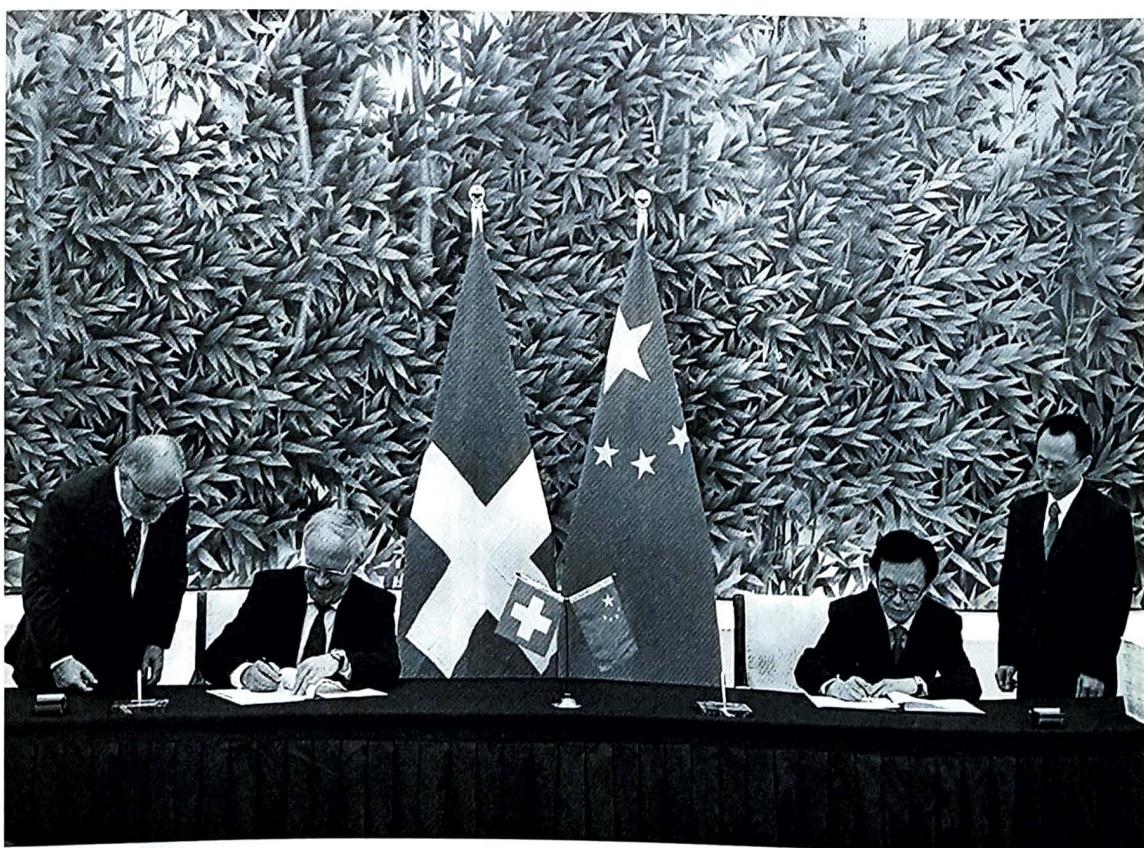
Ein kaum wiederholbarer Erfolg

Das Freihandelsabkommen (FHA) mit China, das am 1. Juli in Kraft getreten ist, bringt die Schweiz in eine Position, um die man sie in der westlichen Welt beneiden dürfte. Weder die EU noch die USA geniessen im Handel mit der Volksrepublik vergleichbare Privilegien. Die Vereinbarung führt nicht nur zu geringeren Zollabgaben – Switzerland Global Enterprise (Osec) rechnet bis 2028 mit Einsparungen von bis zu 5,6 Mrd. Fr. –, sondern schafft auch neue Geschäftsbedingungen. Sie bietet den in China tätigen Schweizer Firmen mehr Rechtsicherheit und erlaubt so einen höheren Grad an Planbarkeit. Beim Schutz des geistigen Eigentums, einem für die hiesige Pharmabranche besonders wichtigen Punkt, enthält das FHA Bestimmungen, die über die WTO-Richtlinie, die «handelsbezogenen Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum» (Trips), hinausgehen. Zudem werden Ursprungsregeln grosszügig interpretiert. Und schliesslich ist im Abkommen eine Evolutionsklausel eingebaut worden, die es ermöglicht, bei wichtigen Themen Nachbesserungen vorzunehmen.

Das FHA stellt zweifellos einen Erfolg dar; dennoch besteht wenig Grund zur Euphorie. Ernüchternd ist beispielsweise, dass nur gerade 20 % der Exporte sofort von den Zöllen befreit werden. Für gewichtige Güter wie Uhren, Nahrungsmittel, Pharma- und Chemieprodukte gelten dagegen Übergangsfristen von fünf, zehn oder gar zwölf Jahren. China hat zwar einen immensen und dynamischen Markt, ist aber offensichtlich nicht bereit, den Schutz der eigenen Industrie schnell aufzugeben.

Und dann ist da auch noch die ernüchternde Erkenntnis, dass das FHA mit China kaum als Modell für Abkommen mit anderen grossen Ländern dienen dürfte, wenn die hiesige Landwirtschaft sich weiterhin querstellt. Die Verhandlungen mit Peking, so weiss man, wären wegen der Agrarfrage fast gescheitert. Soll der Erfolg, den man mit China erzielt hat, zum Beispiel mit den USA oder Brasilien wiederholt werden, muss sich in der Schweizer Landwirtschaft einiges bewegen.

Quelle: «Neue Zürcher Zeitung», 1. Juli 2014



China und die Schweiz unterzeichnen den Freihandelsvertrag.

Schweiz**China****Fläche/Bevölkerung**Fläche 41 290 km²

8 Mio. Einwohner

Fläche 9 561 600 km²

1354 Mio. Einwohner

Bruttoinlandprodukt

gesamt

CHF 548,4 Mrd.

CHF 7486,6 Mrd.

pro Kopf

CHF 71920

CHF 5529

Exporte ins andere Land**Schweiz-China**

CHF 7,4 Mrd.

China-Schweiz

CHF 10,2 Mrd.

Exporte nach Produkten

(in CHF)

60,7 Mio.	Landwirtschaft, Fischerei	158,4 Mio.
9 Mio.	Energieträger	1,3 Mio.
167,2 Mio.	Textilien, Bekleidung, Schuhe	1920,3 Mio.
35,4 Mio.	Papierwaren, grafische Erzeugnisse	64,2 Mio.
129,4 Mio.	Leder, Kautschuk, Kunststoffe	477 Mio.
1788 Mio.	chemisch-pharmazeutische Industrie	829,6 Mio.
41,5 Mio.	Steine und Erden	131,1 Mio.
354,2 Mio.	Metalle	559,7 Mio.
2212,2 Mio.	Maschinen, Apparate, Elektronik	4150,4 Mio.
68,6 Mio.	Fahrzeuge	108,9 Mio.
2521,2 Mio.	Präzisionsinstrumente, Uhren, Bijouterie	1064,3 Mio.
34,2 Mio.	Diverses (Möbel, Spielzeug, Sportgeräte)	799,1 Mio.

Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung, 2013

Arbeitsaufträge (Rollenspiel mit Diskussion):

- Das Rollenspiel führt mit den unterschiedlichen Interessengruppen eine Diskussion auf Einladung des Bundesrats durch. Folgende Rollen werden in der Klasse verteilt:
 - Bundesrat
 - Schweizer Exportwirtschaft
 - Schweizer Bauernverband
 - Konsumentinnen und Konsumenten
 - Nichtregierungsorganisationen.
- Bilden Sie für jede Rolle eine Arbeitsgruppe. Recherchieren Sie Ihre Position zum Freihandelsabkommen mit China durch eine vertiefte Internetrecherche. Dokumentieren Sie die Position genau. Wählen Sie eine Vertreterin oder einen Vertreter Ihrer Gruppe, die/der an der Diskussion teilnimmt.
- Das Rollenspiel wird unter der Leitung des Bundesrats durchgeführt. Thema: «Sind Sie für oder gegen das vom Bundesrat ausgehandelte Freihandelsabkommen mit China?» Jede Gruppe stellt zuerst die eigene Position zum Freihandelsabkommen Schweiz-China vor. Anschliessend beginnt die Diskussion. Abschliessend wird eine unverbindliche Abstimmung (Pro oder Contra) über das Freihandelsabkommen durchgeführt.